



Presseinformation

Nr. 156 / 2014

Kiel, Mittwoch, 2. April 2014

Hochschule / Lehrerbildung

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christopher Vogt: Ministerin Wende hat mit ihrem Vorgehen viel Vertrauen zerstört – Albig muss den Gesetzentwurf zurückziehen

Zur aktuellen Diskussion über die Lehrerausbildung erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Mit ihrem unfassbar dilettantisch-dreisten Vorgehen im Zusammenhang mit dem Lehrerbildungsgesetz hat Ministerin Wende massiv Vertrauen bei der Kieler Universität, aber auch gegenüber den Abgeordneten des Landtages, zerstört. Es ist wirklich beispiellos, wenn die Wissenschaftsministerin erst nach der abschließenden Kabinettsbefassung an den Kieler Universitätspräsidenten herantritt, um ihn über die einseitige Aufkündigung der glasklaren Vereinbarung vom vergangenen September in Kenntnis zu setzen. Wer hier ernsthaft noch von ‚Dialog‘ spricht, ist nicht von dieser Welt.

Der Höhepunkt dieser Wende'schen Chaos-Tage ist aber, dass die Ministerin in ihrer Erklärungsnot eine persönliche SMS-Botschaft von Professor Fouquet veröffentlicht, um sich auf dessen Kosten reinzuwaschen. Wir sind es ja gewohnt, dass Mitglieder dieser Landesregierung eigene SMS veröffentlichen, um sich reinzuwaschen, aber die Veröffentlichung von SMS anderer ist dann doch eine neue Dimension. Die Wissenschaftsministerin geht damit ganz bewusst auf harten Konfrontationskurs mit der einzigen Volluniversität in unserem Land. Von politischer Verantwortung für alle Hochschulen im Land kann hier wohl kaum noch die Rede sein.

Die Ankündigung der Kieler Universität, die Umsetzung eines Praxissemesters und einen gemeinsamen Antrag mit der Universität Flensburg für das Bund-Länder-Programm ‚Qualitätsoffensive Lehrerbildung‘ bis auf weiteres auf Eis zu legen, macht deutlich, welchen Schaden die Ministerin bereits vor der SMS-Veröffentlichung ange-

richtet hatte. Jetzt ist das von der Ministerin angerichtete Desaster jedoch perfekt.

Vor diesem Hintergrund ist die notwendige Sachdiskussion über dieses wichtige Thema im Landtag derzeit nicht möglich. Es ist nicht zielführend, diesen angeblich im Konsens mit den betroffenen Hochschulen entwickelten Vorschlag zu debattieren, während eine der beiden Universitäten aus nachvollziehbaren Gründen auf der Zinne ist. Wir fordern Ministerpräsident Albig auf, schnellstmöglich dafür sorgen, dass dieser Gesetzentwurf wieder zurückgezogen wird. Die Ministerin muss erst wieder für einen vernünftigen Rahmen sorgen und das für diese Reform notwendige Vertrauen bei den Akteuren wiederherstellen, dass sie in dieser Frage nun bereits zum zweiten Mal verspielt hat.“